Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7804**
16. Wahlperiode 17. 01. 2008

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Cornelia Hirsch, Dr. Petra Sitte, Dr. Lukrezia Jochimsen, Volker Schneider (Saarbrücken) und der Fraktion DIE LINKE.

Entwicklung der Studierendenzahlen im Studienjahr 2007

Am 12. Dezember 2007 legte das Statistische Bundesamt die Schnellmeldungsergebnisse der Hochschulstatistik zu Studierenden und Studienanfängerinnen und -anfängern vor. Demnach steigerte sich die Zahl der Studierenden im ersten Semester im Wintersemester 2007/2008 um durchschnittlich 3,8 Prozent. Allerdings zeigen sich erste Auswirkungen der Einführung allgemeiner Studiengebühren. Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes meiden Studierende Gebührenländer wie Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Saarland u. a. Dagegen wuchs die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger in Bundesländern ohne Gebühren überdurchschnittlich. Die Bundesregierung verfehlt einmal mehr ihr Ziel, die Studienanfängerquote auf 40 Prozent eines Altersjahrganges zu steigern.

Insgesamt ging die Gesamtzahl der Studierenden im Vergleich zum Vorjahr um 2 Prozent zurück. Derzeit sind nur rund 1,95 Millionen junge Menschen an Hochschulen eingeschrieben.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. a) Wie entwickelten sich die Zahl der Studienabgängerinnen und -abgänger mit Studienberechtigung und wie die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfängern von 2000 bis 2007 (bitte nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund aufschlüsseln und nach prozentualen und absoluten Anteilen ausweisen)?

   b) Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass trotz des prozentual höheren Anstiegs der Zahl der Schulabgängerinnen und -abgänger mit Studienberechtigung in den vergangenen Jahren nur 3,8 Prozent mehr Studienanfängerinnen und -anfänger im Studienjahr 2007 den Weg an die Hochschulen fanden?

2. a) Welche Bedeutung misst die Bundesregierung bei dem zum Teil deutlichen Rückgang oder der Stagnation der Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger in Bundesländern wie etwa dem Saarland, Baden-Württemberg und Hessen der Einführung allgemeiner Studiengebühren zu?

   b) Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass laut einer Umfrage des Hochschul-Informations-Systems (HIS) jede und jeder vierte Studienverzichtlerin/Studienverzichter angab, aufgrund von Studiengebühren auf ein Studium zu verzichten und weitere elf Prozent nicht bereit sind, weitere Studiengebühren auf sich zu nehmen?

c) Sieht die Bundesregierung aufgrund dieser Tatsache die Notwendigkeit, die Bundesländer davon zu überzeugen, dass Studiengebühren kein einziges Problem an Hochschulen lösen können und dem Ziel die Studierendenquote zu erhöhen, zuwider laufen?

d) Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass Äußerungen wie die von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, im Rahmen der Plenardebatte am 27. November 2007, wonach sie – sofern der Bund die Kompetenz dazu hätte – dafür sorgen würde, dass überall Studiengebühren eingeführt würden, dazu beitragen, Schulabgängerinnen und -abgänger dazu anzuregen, ein Studium aufzunehmen?

3. a) Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Einführung von Numerus Clausi (NC) den Rückgang der Studienanfängerinnen und -anfänger mit verursacht?

   Falls ja, inwiefern, und plant die Bundesregierung den Hochschulzugang flächendeckend einheitlich zu regeln?

   Falls nein, inwiefern?

   b) In welcher Form wird die von der Bundesregierung angekündigte Abschaffung bzw. Änderung der Kapazitätsverordnung dazu beitragen können, die Zahl der Studienplätze zu steigern?

4. a) Konnten nach Kenntnis der Bundesregierung die Studierenden, die als so genannte Langzeitstudierende (15. Fachsemester und höher) gelten und deren Quote vom Wintersemester 2000/2001 bis zum Wintersemester 2006/2007 im Bundesdurchschnitt von 10 auf 6 Prozent zurückging, ihr Studium erfolgreich abschließen, oder handelt es sich hierbei um Studienabbrüche (bitte nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund aufschlüsseln)?

   b) Wie erklärt sich die Bundesregierung den Rückgang von Langzeitstudierenden?

   c) Wie erklärt sich die Bundesregierung den Rückgang von Langzeitstudierenden in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, die trotz der Einführung von Langzeitstudiengebühren keinen Rückgang zu vermelden haben?

5. Wie hoch waren die Anteile der Studienfachwechslerinnen und -wechsler vom Wintersemester 2000/2001 bis Wintersemester 2006/2007 gemessen an der Gesamtzahl der Studierenden (bitte nach absoluten und prozentualen Anteilen sowie Semesterzahl aufschlüsseln und nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund ausweisen)?

6. a) Weshalb können nach Angaben des Statistischen Bundesamtes deutsche Studierende mit Migrationshintergrund in der Studierendenstatistik nicht gesondert ausgewiesen werden?

   b) Inwiefern plant die Bundesregierung diese Personengruppe zukünftig in ihren Erhebungen stärker zu berücksichtigen?

7. Wie hat sich der Anteil von Bildungsausländerinnen und -ausländern in den letzten fünf Jahren aus folgenden Ländern bzw. Regionen entwickelt

   a) Afrika,

   b) China,

   c) EU,

   d) Nordamerika,

   e) Russland,

   f) Südamerika

   (bitte nach absoluten und prozentualen Anteilen an der Gesamtzahl der Studierenden und Geschlecht aufschlüsseln)?

8. Weshalb stagniert seit Wintersemester 2004/2005 der Anteil von ausländischen Studierenden aus China?

Berlin, den 15. Januar 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333